Es ist genug für alle da!

Geben statt nehmen!

KPÖ
www.kpoe.at

In Österreich wächst der Reichtum. Gleichzeitig sind mehr als eine Million Menschen arm. Die Konzerne und die Reichen sind durch die etablierten Parteien hinreichend politisch vertreten. ArbeiterInnen, Angestellte und PensionistInnen haben hingegen kaum mehr eine Stimme – Arbeitslose schon gar nicht.

ES GIBT EINE ALTERNATIVE!

Die KPÖ ist die Alternative zur neoliberalen Politik. Wir wollen einen grundlegenden Kurswechsel in der Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und EU-Politik.

Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, öffentliches Eigentum, die Interessen der Frauen und von politisch bzw. sozial Ausgegrenzten, die Neutralität stehen im Zentrum unserer Politik.

Wir fordern Umverteilung von Reich zu Arm durch eine gerechte Steuerpolitik und das Grundeinkommen.

Wir wollen in Österreich, in Europa und international dem Kapitalismus Schranken setzen und die Macht des Kapitals zurückdrängen.
Wir verbinden progressive Reformpolitik mit grundlegender Kritik am Kapitalismus.
Gesellschaftliche Alternativen sind kein Tabu – eine andere Welt ist möglich.

KPÖ
www.kpoe.at

KPÖ, Drechslergasse 42, 1140 Wien

ANTWORTKARTE

Ich möchte:
- ❍ Unterschriftenliste und Falter Petition „5% auf €-Millionen“
- ❍ Argument-special mit Stellungnahmen der KPÖ zur Nationalratswahl
- ❍ Broschüre zu den wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen der KPÖ
- ❍ 5 Nummern der „Volksstimmen“ gratis, zum Kennenlernen
- ❍ Den regelmäßigen Email-Newsletter der KPÖ zu aktuellen politischen Themen

Gewünschtes ankreuzen, Absender nicht vergessen, Karte abtrennen und absenden.

Name:
Straße:
PLZ, Ort:
Email:

Postgebühr zahlt Empfänger!

KPÖ
Bundesvorstand
Drechslergasse 42
1140 Wien

DAS SAGEN KANDIDATINNEN DER KPÖ

Sozial- und demokratiepolitische Fragen stehen für uns im Mittelpunkt des Wahlkampfes, denn hunderttausende Menschen sind armutsgefährdet oder arm – trotz Erwerbsarbeit – und werden ausgegrenzt. Gegen die Gesellschaft des Nehmens stellen wir die Umverteilung, etwa durch höhere Steuern auf Kapital und Vermögen zugunsten von Existenzsicherung und Armutsbekämpfung. Wir treten gegen fremdenfeindliche Hetzte, die Mitglieder unserer Gesellschaft zu Sündenböcken erklärt, auf. Wir fordern die vollständige Umsetzung des Artikel 7 des österreichischen Staatsvertrages bezüglich der öffentlichen Zweisprachigkeit in Kärnten.

Mirko Messner, Slawist, Bundessprecher der KPÖ

Durch den BAWAG-Skandal wurde der ÖGB schwer geschädigt; gleichzeitig hat dies schon lange vorhandene Defizite der Gewerkschaften sichtbar gemacht. Eine Neugründung des ÖGB unter breiter Einbeziehung der Mitglieder ist notwendig. Egal welche Parteien die künftige Regierung bilden: Gegen wachsende Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Lohndruck und Prekarisierung brauchen wir einen von Kapital und Regierung unabhängigen ÖGB. Notwendig ist eine aktive und kämpferische Gewerkschaftspolitik statt sozialpartnerschaftlicher Unterordnung. Der ÖGB muss ausschließlich den Interessen der Lohnabhängigen verpflichtet sein.

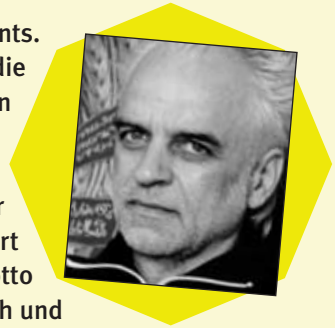
Karin Antlanger, Juristin und Sozialpädagogin,
Betriebsratsvorsitzende von EXIT-sozial Linz, Bundesvorsitzende des GLB

Die Gemeinden werden durch die EU-konforme Budgetpolitik finanziell immer mehr ausgehungert. Während die Konzerne immer weniger Steuern zahlen, werden die Haushalte durch laufende Tarif- und Gebührenerhöhungen zur Kasse gebeten. Durch die Budgetauflagen wächst auch der Druck, Ausgliederung und Privatisierung öffentlichen Eigentums vor allem im kommunalen Bereich vorzunehmen. Nutznießer sind private Spekulanten, den Schaden haben letztlich die GemeindebürgerInnen.

Franz Kral, KPÖ-Gemeinderat in Krems

Es gibt ausreichend Möglichkeiten gegen Armut und soziale Ausgrenzung vorzugehen. Voraussetzung ist aber, dass man den Kapitalismus beim Namen nennt. Die KPÖ ist dazu bereit. Soziale Gerechtigkeit und die radikale Umverteilung des Reichtums, der unserer Gesellschaft zur Verfügung steht, waren und sind unsere zentralen Forderungen. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und ein bedingungsloses, existenzsicherndes Grundeinkommen stehen an der Spitze der Agenda unserer Sozialpolitik. Soziale Gerechtigkeit bedarf auch der Durchsetzung von Frauenrechten. Unseren Wahlkampf verstehe ich als gezielte Einmischung.

Melina Klaus, Pädagogin, Bundessprecherin der KPÖ



Wir leben im Zeitalter der Gier und des Entertainments. Der politische Stillstand in Österreich erfordert, dass die BürgerInnen politisch aktiv werden. Mehr Fantasie in der Politik ist notwendig. Meine Kandidatur für die KPÖ ist ein Beitrag zur Vertiefung der Diskussion links von der Mitte. Ich will mich nicht als Politiker aufspielen, sondern meine inhaltlichen Beiträge dort einbringen, wo ich kompetent bin. Das Brecht-Motto „Ändere die Welt, sie braucht es“ ist – in Österreich und weltweit – aktueller denn je.

Kurt Palm, Regisseur und Volksbildner, kandidiert 2006 für die KPÖ zum Nationalrat

Kommunist vor SPÖ Landes-Chef

Eine aktuelle APA/OGM-Umfrage weist dem Kommunisten Ernest Kaltenegger nach nur einem Jahr im steirischen Landtag höhere Vertrauenswerte aus als dem amtierenden SPÖ-Landeshauptmann der Steiermark, Franz Voves.

Mit der konsequenten Politik gegen soziale Ausgrenzung, für gleiche Rechte für alle und für eine umfassende Demokratisierung unserer Gesellschaft rechtfertigen die AktivistInnen der KPÖ solche Vertrauensbeweise.